

Egon Bahrs letzte Rede

20.08.2015 - 19:54 Uhr



Egon Bahr im Juli 2015 in Moskau bei seiner letzten großen RedeFoto: Keyser Verlag

Bis zuletzt lag ihm das Verhältnis Deutschlands zum östlichen Nachbarn Russland am Herzen. Noch im Juli besuchte Egon Bahr (+93) den früheren Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Mit ihm zusammen stellte er das auf Russisch übersetzte Buch „Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland“ von Wilfried Scharnagl vor.

In seiner letzten großen Rede mahnte er: „Stabile Sicherheit für die Ukraine kann nur mit Russland und nicht gegen Russland geschaffen werden.“ Gleichzeitig widersprach er jenen, die befürchten, der regionale Konflikt in der Ukraine könnte zu einer unkontrollierten Auseinandersetzung zwischen Ost und West eskalieren.

Michail Gorbatschow lobte seine Rede mit den Worten: „Was unser Freund Egon Bahr gesagt hat, verdient meine volle Unterstützung. Ich wünsche ihm gute Gesundheit und noch viele Jahre, um diese Aufgaben

zu lösen.“



Michail Gorbatschow und Egon Bahr sind über viele Jahre politische Weggefährten gewesenFoto: Keyser Verlag

Egon Bahrs letzte Rede im Wortlaut

„Europa durchlebt die schwerste Krise seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Sie ist mit der Zukunft der Ukraine verbunden. Wie sie zu lösen wäre, erinnert an das Jahr 1969, als der erste Versuch einer deutschen Ostpolitik begann, erstarrte Fronten aufzulösen. Ist das heute wiederholbar?

Die Analyse zeigt Unterschiede wie Vergleichbarkeiten. Unverändert ist die Grundsituation: Damals wie jetzt liegt die Hauptverantwortung in Washington und Moskau. Ohne und gegen ihre Macht ist keine Regelung denkbar, die dem Anspruch auf friedliche nachhaltige Stabilität gerecht werden kann. Zwar sind in den 45 Jahren seither die beiden Großen schwächer geworden, aber damals wie heute wollen und werden sie offene Gewaltanwendung gegeneinander vermeiden. Die Erhaltung des Status quo hieß damals: Berlin, Deutschland und Europa wären keinen Krieg wert. Das gilt heute für die Ukraine und die Krim. In beiden Fällen sind die geostrategischen Fragen wichtiger, die

ihr politisches Zusammenwirken verlangen.

Diese Konfliktfelder haben sich nicht verändert: der Nahe Osten mit Israel und Syrien, der Irak und Iran, Afghanistan und der Weltraum.

Dazugekommen ist der Islamische Staat. Der Krieg gegen ihn spricht für ein Bündnis beider, das noch kein politischer Faktor geworden ist. Dazu kommt die Erfindung elektronischer Strahlen, die über alle staatlichen Grenzen hinweg in der Form von Handys unser Leben erleichtern und global als Cyberwar Waffen darstellen, gegen die es keinen sicheren Schutz gibt. Ob die damit verbundenen Probleme friedlich gemeistert werden können, ist offen.

Damit sind wir in der Gegenwart angekommen. Die Welt ist fast nicht mehr wiederzuerkennen. Der amerikanische Traum von der Unipolarität und Unverwundbarkeit wurde durch Schläge des internationalen Terrors gegen die Türme in New York zu Staub. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Russland ist kleiner und schwächer geworden. Putin fiel die Aufgabe zu, den Stolz seines Volkes wiederzubeleben, dem es schwer fiel zu verstehen, dass es sogar den Deutschen besser geht als ihnen, die doch unter großen Opfern den Krieg gewonnen hatten.



Bahr vor dem Bild der unterzeichneten Annäherung zwischen Bundesrepublik und UdSSR
Foto: Keyser Verlag

Obama begann seine erste Präsidentschaft mit der Erklärung, das amerikanische Streben nach Überlegenheit durch Zusammenarbeit mit Russland zu ersetzen. Nach der Wiederwahl fühlte er sich stark genug, seine Doktrin in West Point zu verkünden. Danach wollen die USA Krisen durch Verhandlungen regeln und ihre Streitkräfte nur einsetzen, wenn sie angegriffen werden. Mit anderen Worten: Obama will aus der zweiten Reihe führen und weist damit seinen Verbündeten größere Verantwortung zu.

Die haben wir nun. Obama musste keinen anderen Staat fragen, um das zu verkünden. Das nenne ich Souveränität. Den Buchstaben nach ist Deutschland auch souverän. Aber wir kennen die Unterschiede. 1969 wollte die Bundesregierung die Beziehungen zur Sowjetunion verbessern. Dieser Versuch der kleinen nicht souveränen Bundesrepublik würde Washington kontrollieren. Die vierte Siegermacht, die Sowjetunion würde das auch wissen. Natürlich gab es weder in Washington noch in Bonn eine Illusion über die Realitäten der Sowjetunion. Demokratie war das jedenfalls nicht.

Als aus der Sondierung Verhandlungen wurden, die zum Moskauer Vertrag führten, ist niemand auf die Idee gekommen, für den jeweils nächsten Schritt Bedingungen zu stellen oder gar mit Sanktionen zu drohen. Heute gibt es sogar die abwegige Idee, Moskau müsse seine Vergangenheit aufarbeiten, ehe es wieder glaubwürdiger Partner werden könnte.



Gorbatschow und Bahr sind sich persönlich verbundenFoto: Keyser Verlag

George Bush, der weise Ältere, erklärte nach dem Ende des Kalten Krieges: „Russland muss sich nach seinen Traditionen entwickeln.“ Ich füge hinzu: Demokratie gehört nicht dazu. Russland wird allein bestimmen, welche Schritte es zur Demokratie geht.

Es wird eine Demokratie à la russe sein. Was kann der Westen anbieten? Die monarchistischen Modelle in London oder Tokio oder die erfolgreichste Einparteienherrschaft in Singapur? Ich habe auch noch keine Erwägung gehört, Sanktionen gegen China oder Saudi-Arabien zu verhängen, weil sie unseren demokratischen Vorstellungen nicht entsprechen.

2015 ist Deutschland der politisch und wirtschaftlich stärkste Faktor in Europa geworden. Aber militärisch, zur Beruhigung unserer vielen Nachbarn, sind wir keine Bedrohung. Wir könnten also wie zu Beginn der Entspannungspolitik sondieren und beginnen, einseitig Sanktionen gegen Russland abzubauen. Wir wollen wie damals eine festgefahrene Situation ändern und könnten bei einer positiven Resonanz auch alle Sanktionen beenden. Das liegt in unserer Kompetenz und entspricht unserem Interesse, auch dem unserer Wirtschaft. Ja, das sind Vorleistungen. Sie erinnern an das Wort von Brandt: „Manchmal muss man sein Herz am

Anfang über die Hürde werfen.“ Das war damals schwerer als heute.

Außerdem möchte ich, weil Michail Gorbatschow unter uns sitzt, daran erinnern: Als er zusammen mit Bush die außen- und sicherheitspolitische Struktur für das zu vereinigende Deutschland vereinbarte, hatte keiner der beiden eine Ahnung, dass es ein Jahr später die Sowjetunion nicht mehr geben würde. Keiner von beiden konnte seinen Nachfolger festlegen. Gorbatschow wurde nicht über den Tisch gezogen, entgegen den darüber verbreiteten Märchen. Die Deutschen wissen, was sie den beiden Staatsmännern verdanken und schulden.

Die beschriebene Aktion würde die Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West nicht ändern. Dass Obama Russland zu einer Regionalmacht herabgestuft hat, begegnet Putin, indem er beweist, dass ohne und gegen ihn keine dauerhafte Regelung möglich ist. Er hat die begründete Hoffnung, länger im Kreml zu regieren als Obama im Weißen Haus. Diese Zeitspanne und Perspektive reicht bis 2017. Die kürzere reicht bis zum Ende dieses Jahres für die vereinbarte Durchführung des Minsker Abkommens II, wofür die Amerikaner mehr Einwirkungsmöglichkeiten haben als die Russen. Was auch immer dabei herauskommen wird: Es kann nichts am Kurs der Bundesregierung verändern, die Beziehungen zu dem unentbehrlichen Amerika wie zu dem unverrückbaren Russland zu pflegen. Weil wir kein Protektorat mehr sind, kann dieses Stück Selbstbestimmung Europas mit der Emanzipation von Amerika beginnen.

Wilfried Scharnagl, politischer Intimus von Franz Josef Strauß, und ich waren in der alten Bundesrepublik politische Gegner. Heute vertreten wir in Moskau ähnliche Auffassungen und drängen darauf, die Verbindungen zu Russland zu pflegen, wie es ganz unterschiedliche Persönlichkeiten getan haben. Ich nenne nur Helmut Kohl, Henry Kissinger, Helmut Schmidt und Michail Sergejewitsch Gorbatschow.“